



FDP | 25.02.2016 - 14:15

Zugang zu Arbeit und Ausbildung erleichtern



Mit Blick auf das Aktionsprogramm der Industrie- und Handelskammern zur Integration von Flüchtlingen hat FDP-Generalsekretärin Nicola Beer die Bundesregierung aufgefordert, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um die Beschäftigung der Neuankömmlinge zu erleichtern. "Kanzleramtschef und Flüchtlingskoordinator Peter Altmaier sollte endlich dafür sorgen, dass die Bundesregierung die bürokratischen Hürden beseitigt, die Flüchtlingen den Zugang zu Arbeit und Ausbildung erschweren", verlangte sie.

Dazu gehörten die Abschaffung der Vorrangprüfung, die Öffnung der Zeitarbeit für Flüchtlinge und eine Befreiung vom Mindestlohn, "wenigstens analog zu Langzeitarbeitslosen", so die Freidemokratin weiter. Beer prangerte den Zustand an, dass die Vorrangprüfung im Alltag immer wieder als Arbeitsverbot wirke und unzumutbar lange dauere. "Sie muss für alle Flüchtlinge ersatzlos entfallen", verdeutlichte sie. Die FDP-Generalsekretärin ist der festen Überzeugung: "Wir brauchen schnelle Lösungen, statt ewiger Beratungen."

"Nichts trägt besser zur Integration bei als ein Arbeitsplatz. Die Unternehmer in Deutschland sind sich dessen bewusst und sind bereit, Flüchtlinge zu beschäftigen und auch weiter zu qualifizieren", erläuterte Beer. "Flüchtlinge können so möglichst schnell ihren Lebensunterhalt ganz oder teilweise selbst bestreiten. Das entspricht dem Willen der meisten Flüchtlinge und das entlastet unseren Sozialstaat", hob die Freidemokratin hervor. Nun muss aus ihrer Sicht die Politik nachziehen.

Unternehmen wollen Flüchtlingen helfen

Zugang zu Arbeit und Ausbildung erleichtern (Druckversion)

Eine Personalleiter-Befragung des Ifo-Instituts hat gezeigt: Über ein Drittel der deutschen Betriebe möchte in diesem oder im kommenden Jahr Asylbewerber einstellen. Allerdings fürchten sich viele vor dem Aufwand, der mit der Vorrangprüfung verbunden ist. Danach müssen potenzielle Arbeitgeber die Arbeitsagentur davon überzeugen, dass für eine freie Stelle kein Bewerber aus dem Inland oder dem EU-Ausland infrage käme.

Quell-URL: <https://www.liberales.de/content/zugang-zu-arbeit-und-ausbildung-erleichtern>